

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 17. Dezember 1920, Nr. 395

Der Kleinhandelsverkauf für Lebensmittel am Sonntag erlaubt.

Sonntag, den 19. ds. (Goldener Samstag) ist der Kleinhandelsverkauf von Lebensmitteln gestattet, es sind daher die Geschäfte der Fleischbauer und Fleischelcher offen.

Sonntag - Sammeltag für die Armen Wiens. An die Stelle der bisher üblichen Einsammlung von Beiträgen für Armenzwecke durch Büchsen, tritt nun von diesem Jahre an ein einmaliger Sammeltag. Dieser wird zum ersten Mal am Sonntag, den 19. ds. stattfinden. Mit der Durchführung der Sammlungen ist in jedem Bezirk ein Komitee mit dem Bezirksvorsteher und dem Vorstände des Armeninstitutes an der Spitze betraut. Die einzelnen Mitglieder der Bezirkskomitees führen die Arbeiten am Sameltage vollständig unentgeltlich durch. Spenden für die Armen Wiens wollen in die in jedem Haus aufgelegten Sammelbögen eingetragen oder auch unmittelbar an die Bezirksvorsteher eingeschickt bzw. diesen übergeben werden. Ueber Wunsch werden größere Spenden in der Presse öffentlich ausgewiesen werden.

Sehr geehrter Herr Kollege!

StR. Tandler ersucht um freundliche Aufnahme vorstehender Zeilen

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 17. Dezember 1920.

Hgn. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass gespendet haben: Die Neue Freie Presse das Ergebnis einer Sammlung zu Gunsten hungernder und friererender Kinder Wiens 70.000 K.

Julius Patek, Ironwood (Amerika) zu Gunsten der israelitischen Kultusgemeinde Wien bzw. bedürftiger Leute, welche kleine Kinder haben, ohne Rücksicht auf die Konfession je 25.000 K.

Der Zentraldamenverein bzw. der Damenturnverein in Newark (New York) für Arme, Kranke oder Unheilbare zu Weihnachten je 10 Dollars = 12.220 K.

Franz Böhm in Celten (Nordamerika) für die hungernden Kinder Wiens K 200 --.

Ein ungenannt sein wollender Spender unter dem Decknamen „Wilhelm“ der allgemeinen Knabenvolksschule X., Fuchsbaumgasse 160 Paar Kinderschuhe und zur Durchführung von Schuhreparaturen 4000 K; der allgemeinen Mädchenvolksschule X., Leiserstrasse 140 Paar Schuhe und 4000 K; der Knabenvolksschule XX., Vergartenstrasse 50, 160 Paar Kinderschuhe und ebenfalls 4000 K für Schuhreparaturen; der allgemeinen Mädchenvolksschule XX., Allerheiligenplatz 7, 150 Paar Schuhe und 4000 K mit gleicher Zweckbestimmung.

Die Firma S. Rethmüller A.G. XX., Paul Vogel I. zu Gunsten der Armen Wiens je 1000 K.

Im Wege des Armeninstitutes Innere Stadt für Arme des I. Bezirkes Dr. Leon Meller, Rechtsanwalt, I., 1000 K.

J. Weissbrodt I., 2000 K.

Dr. Karl Bern I., 1000 K und ebenfalls 1000 K für die Ferienkolonies des genannten Armeninstitutes.

Ein ungenannt sein wollender Spender für die Armen Wiens 1000 K.

Die Dresdner Bank in Aachen den Rest der für die Notleidenden Deutschösterreichs durchgeführten Sammlung 735 K.

Das Neue Wiener Tagblatt für arme unheilbare Kinder bzw. netleidende Kinder 70 K.

Die Haarer Brandwehr zu Gunsten hilfsbedürftiger Angestellter der städtischen Feuerwehr eine grössere Menge Lebensmittel.

Das Central-Büro von Veilingen in Nederland Gravenhage für die Wiener netleidende Bevölkerung 11 Waggens Kartoffel und Kehl.

Das amerikanische Rote Kreuz hat für die städt. Krankenanstalten und die Krankenabteilungen der Versorgungsanstalten eine grössere Menge von Lebensmitteln, Medikamenten, Krankenpflegeartikel, sowie Spitals- und Krankenwäsche gespendet. Der Wert der Spende beläuft sich auf zirka 2 Millionen Kronen. Die Spende, welche in 302 Kellern verpackt war, wurde in das Jubiläumsspital in Lainz überführt und gelangt von dortaus gemäß dem Wunsche des amerikanischen Roten Kreuzes an folgende Krankenanstaltshetriebe

der Gemeinde Wien zur Verteilung: Jubiläumsspital, Wien, XXIII. Lainz, Lungenheilstätte Steinklamm, Kinderhespiz in Bad Hall, Kinderhespiz in Sulzbach bei Ischl sowie an die Krankenabteilungen des Versorgungsheimes in Lainz und in Baumgarten, der Versorgungsanstalt Liesing, Versorgungsanstalt Mauerbach, Versorgungsanstalt Ybbs a. d. Donau, Versorgungsanstalt St. Andrä/Traisson. Insbesondere die Lebensmittel werden zu Weihnachten zur Aufbesserung der Kost der in diesen Anstalten befindlichen Kranken verwendet.

Der Bürgermeister fügt hinzu: Ich weiß mich der Zustimmung der geehrten Versammlung sicher, wenn ich dem Amerikanischen Roten Kreuze angesichts dieser neuerlichen munifizenten Zuwendung den wärmsten Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringe.

GR. Vaugoin (chr.-sez.) hat einen Antrag eingebracht wegen Bewilligung von Frei- oder ermäßigten Karten für die Fahrt auf der Straßenbahn für Staats- und Fixangestellte, die infolge Kriegsbeschädigung an schweren Gehstörungen leiden. Ich habe diesen Antrag dem zuständigen amtsführenden Stadtrate zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Die Post Nr. 3 und 4 werden ohne Debatte als angenommen erklärt.

GR. Hackl (Soz.-Dem.) berichtet über die Gewährung eines Darlehens von 150.000 K an die Eigentümerinnen der Grundstücke, auf

denen die von der Gemeinde betriebene ehemalige Garnisonswäscherei im 12. Bezirk errichtet ist. Der bezügliche Antrag wird angenommen.

Ein Antrag des GR. Linder (Soz.-Dem.) bezüglich der Auflösung des Kaufvertrages mit Marie Schneider bezüglich einer im Grundbuche Oberdöbling eingetragenen Baustelle entstanden aus der Parzellierung der Gründe des ehemaligen Döblinger Gaswerkes wird genehmigt.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) referiert über die Kosten der Abtragung der Bewässerungsanlage in Matz-Neudöfl um den Betrag von 750.000 K. Dieser Betrag soll auf den für die Beschaffung von Wasserleitungsrohren bewilligten Kredit verrechnet werden. Die Anträge werden angenommen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten des Kanalbaus in der Taborstraße und beantragt, die Kosten im Betrage von 1.360.000 K zu genehmigen. Dem Antrag wird zugestimmt.

StR. Siegel berichtet über den Verkauf von Koksstaub aus dem Jubiläumsspital. Die 50 im Jubiläumsspital lagernden Waggons Koksstaub werden auf Grund der Zuweisung des Bundesministeriums an die Firmen Waagner-Biro & Kurz, Georg Schicht und Wagenmann, Seybel & Co. um den Betrag von 1 1/2 Millionen Kronen verkauft. Der Erlös wird für Investitionen im Fernheizwerk im Jubiläumsspital verwendet, wodurch eine Ersparung an Brennstoffen bewirkt werden soll. Dem Antrag wurde stattgegeben.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über den Verkauf der aus der Abtragung von Bauruinen in Oberlaa gewonnenen Baustoffe an den Baumeister Guido Gröger um den Pauschalbetrag von 220.000 K. Dem Antrage wird ohne Debatte zugestimmt.

Derselbe Referent beantragt der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Wein Heim“ 2 Eckbaustellen an der Hetzendorferstrasse zwischen Kerngasse und Werthenburggasse im Baurechte zu überlassen.

GR. Ullreich (christlichsozial) erklärt, die Wohnungsgenossenschaft übernehme die Verpflichtung, binnen 2 Jahren die Baustellen mit benützungsfähigen Wohnungen zu bebauen, welche Forderung sie unter den heutigen schwierigen Verhältnissen nicht erfüllen können. Nach eingehender Motivierung regt der Redner an, die städtischen Ämter mögen sich mit den zuständigen Stellen ins Einvernehmen setzen um einen den heutigen Verhältnissen entsprechende Abänderung des Baurechtsgesetzes zu erwirken.

Während des Schlusswortes des Referenten GR. Siegel ertönen plötzlich von den Bänken der Christlichsozialen die Rufe: „Was ist mit dem Briefe des GR. Karasek? Es handelt sich nämlich um einen Brief, den der GR. Karasek auf die An der letzten Gemeinderatssitzung gemachte Darstellung des GR. Siegel, über Ferableiben



vom Dienste (er ist nämlich städtischer Sanitätsdiener) an den Bürgermeister gerichtet hat. GR. Siegel hatte den GR. Karasek pflichtwidriges Verhalten vorgehalten und dieser hatte in dem Brief an den Bürgermeister die Angelegenheit mit der Bitte aufgeklärt, seinen Brief in öffentlicher Sitzung verlesen zu lassen.

Auf die immer lauter werdenden Zurufe von der rechten Seite entgegnet der Bürgermeister: Ich habe keinen Anlass

den Brief zu verlesen, der Betreffende kann die Verlesung beantragen. Diese Erklärung wird mit stürmischen Protestrufen seitens der Christlichsozialen aufgenommen. Sie rufen, indem sie anfangen auf die Pulte zu schlagen, immer dringender: Der Brief muss verlesen werden, sonst gibt es keine Verhandlung. Hinaus mit dem Verleumder! Abzug Siegel! GR. Unsermüller (christl.-soz.) Karasek hat den Bürgermeister um die Verlesung gebeten und er hat es abgelehnt.

Während des immer stärker werdenden Lärmes läßt der Bürgermeister über die Anträge des Referenten abstimmen, welche von der Mehrheit unter lebhaften Bravorufen angenommen werden.

Von Seite der Minorität verstärken sich die Zwischenrufe: Abzug Siegel!

GR. Kunschak (chr.-soz.) ruft: Eine solche Verleumdung schützt der Bürgermeister! Ein solcher Skandal war noch nicht da im Gemeinderate.

Lebhafte Rufe: Da gibts kein Verhandeln mehr! GR. Kunschak eilt zum Sitze des Bürgermeisters und ~~er~~ spricht auf diesen ein.

Auch VB. Emmerling, Stk. Speiser und GR. Skaret eilen auf die Präsidentenstraße.

Mittlerweile begannen die Christlichsozialen mit Büchern und den metallenen Aschenschalen auf die Tische zu klopfen, die Laden der Tische werden heftig auf und zu geschoben und mit den Füßen zu stampfen. Immer wieder ertönen Zwischenrufe durch den Lärm wie Pfui Teufel, so ein Skandal, GR. Siegel hat verleumdet. Während des Lärmes erstattet GR. Siegel für den GR. Thonner das Referat Punkt 12, das unter Protestrufen der Christlichsozialen angenommen wird.

Da der Lärm sich nicht legen will unterbricht der Bürgermeister die Sitzung. Die Unterbrechung wird mit Zurufen von den Christlichsozialen: Auflösen! die Bude zusperrn! beantwortet.

+ + +

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Bgm. Reumann, dass er in der Angelegenheit, in der heute von der Minderheit so heftig protestiert wurde, dem darauf bezüglichen Brief im Einlaufe dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht hätte. Der Brief ist aber in der Post der Vorwoche liegen geblieben und nicht zu meiner Kenntnis gekommen. GR. Kunschak hat sich in der Angelegenheit zum Worte gemeldet.

Kunschak (christl.-soz.) Die Angelegenheit ist zurückzuführen auf das Verhalten des Herrn Stadtrates Siegel gegen den Kollegen Karasek. Er hat in der letzten Sitzung Behauptungen aufgestellt, die geeignet sind, die Ehre des GR. Karasek, insbesondere als Angestellten der Gemeinde Wien auf das schwerste zu verletzen. Ich habe damals Herrn GR. Karasek verwehrt, in eigener Sache das Wort zu ergreifen und ihn dem Rat gegeben, den Sachverhalt an den Herrn Bürgermeister klarzustellen. Ich war der Ansicht, dass dieser Brief heute verlesen wird. War aber auch der Meinung, dass der Herr Stadtrat Siegel, der sich inzwischen überzeugt hat, dass er nicht richtig informiert war, und dies auch in einem Privatgespräche zugegeben hat, seinen Irrtum eingestehen werde. Dies hätte schon der rein gesellschaftliche Anstand gefordert. Mit Erlaubnis des Herrn Bürgermeisters bringe ich das Schreiben des Herrn Bürgermeisters zur Verlesung. Aus dem Wortlaut des Briefes geht hervor, dass GR. Karasek am 5. Mai 1919 im Gemeinderate gewählt worden sei, hierauf bis am 15. Aug. desselben Jahres Dienst gemacht habe, an welchen Tage der seinen normalmäßigen Urlaub antrat. Die Behauptung des StR. Siegel, dass er seit dem Jahre 1918 den Dienst geschwänzt habe, sei daher unwahr, da sowohl seine Kollegen ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit es sonderbar fanden, dass er als Gemeinderat Dienst verrichten müsse, während die Personalvertretung von jedem Dienst entbunden sei und auch seine Vorgesetzte, Stationsleiter Wetzel derselben Meinung war, habe er sich entschlossen, diese Angelegenheit durch ein Urlaubsgesuch zur Lösung zu bringen. Er habe daher am 14. August 1919, als er seinen abnormalmäßigen Urlaub antrat, der Dienstvorschrift entsprechend, dem Stationsleiter ~~ein~~ mit Hinweis auf sein Gemeinderatsmandat ein Gesuch um dauernde Beurlaubung überreicht. Tatsächlich habe er von da an keinen Dienst gemacht und kein weiteres Ansuchen um Entsetzung machen müssen. Er sei allwöchentlich einmal in der Sanitätsstation anwesend gewesen, habe seinen Lohn selbst allmonatlich abgeholt, doch wurde ihm sein Fortbleiben von Dienste niemals ausstellig bemerkt. Erst am 15. Nov. d. J. habe er über Wunsch des Ober-Magistrates Dr. Gratzler seinen Dienst wieder angetreten. Hierbei bemerkt GR. Kunschak: Wir glaubten in dem Umstande dass dieser Brief nicht verlesen wurde, eine Weigerung des Herrn Bürgermeisters vermuten zu dürfen, was umso mehr befremdete, als sein Amtsvorgänger aus einem ähnlichen Anlasse einen Brief eines Nichtangehörigen des Gemeinderates in öffentlicher Gemeinderatssitzung zur Verlesung gebracht hat.

Es erbringt mir den Brief ihnen, verehrte Herren und Frauen ohne Unterschied der Partei zur Kenntnis zu bringen und ~~xxx~~ Sie können sich Ihr eigenes Urteil über den Sachverhalt bilden.

GR. Schmitz (christl.-soz.): Siegel soll widerrufen!

GR. Ulreich (christlichsozial): Er soll sich entschuldigen!  
GR. Panosch (christl.-soz.): Er soll halt ein Verleumder bleiben! Er ist gerichtet!

VB. Emmerling referiert über die Neufestsetzung der Preise für den Bezug elektrischer Energie und bemerkt: Die Direktion der Elektrizitätswerke hätte auf Grund der Kohlenklausel die Möglichkeit gehabt, die neuen Strompreise selbst zu bestimmen. Schon bei den vergangenen Ableseperioden hofften wir auf eine Besserung der Verhältnisse die jedoch nicht eingetreten sind, so daß wir angesichts der höheren Kohlenpreise, der Verteuerung der Materialien und der höheren Löhne gezwungen sind, die Preise für Licht und Kraft zu erhöhen. Die Angelegenheit hätte dem Gemeinderate nicht vorgelegt werden müssen wir tun es aber dennoch, weil wir sie für so wichtig halten, um sie eher zu besprechen. Für die Ableseperiode vom 1. Oktober bis 15. November wurde auf Grund der Berechnungen ein Gesamtstrompreis mit 118 Heller für Licht und 108 Heller für Kraft ermittelt. Für die folgende letzte Ableseperiode ergeben sich Preise von 150 M für Licht und 120 M für Kraft. Würden wir den Preis auf der Basis der Kohlenklausel festsetzen, dann kämen wir zu weit höheren Ziffern. In dem Antrage wird auch eine Abstufung der Strompreise in Aussicht genommen und den Luxuslokale ein Aufschlag von 50 % auferlegt. Der Referent weist darauf hin, daß, so unangenehm die Rückwirkung der Erhöhung und der Erhöhung der Strompreise selbst ist, so muß sie doch im Vergleich zu den sonstigen Verhältnissen im wirtschaftlichen Leben als mäßig bezeichnet werden. Es müsse auch betont werden, daß die Elektrizitätswerke nicht mit festen Produktionskosten rechnen können. Sie können erst nach einer gewissen Zeit feststellen, wieviel sie bei der Erzeugung elektrischer Kraft ausgegeben haben. Es muß damit gerechnet werden, daß die Differenzen, die zwischen den Einnahmen und den Ausgaben noch bestehen und die auch durch die Erhöhung nicht wettgemacht werden können, durch die Vermehrung der Stromabgabe und durch die Verwendung von Zillingdorfer Kohle in den Wiener Werken aus der Welt geschafft werden können. Hierbei müsse erwähnt werden, daß in Zillingdorf drei neue Tagbaue zur Aufmachung kommen, und hier müssen auch die Änderungen in den Kesselhäusern der Wiener Werke vorgenommen wurden, erwähnt werden, die es ermöglichen Zillingdorfer Kohle dort zu heizen. Es wird auch damit gerechnet, daß durch eine bessere Anlieferung der Kohle die Sparmaßnahmen abgebaut werden können. Die Gemeinde hat selbstverständlich auch großes Interesse daran, die Straßenbeleuchtung abzuändern, die Gasbeleuchtung aus dem Straßenbilde verschwindend zu machen und an seiner Stelle die öffentliche elektrische Beleuchtung einzuführen. Hierbei handelt es sich auch um die Mietinstallationen, die bisher gemacht wurden, und die noch weiter durchgeführt werden sollen. Demnächst werde dem Gemeinderat eine Vorlage



beschäftigen, die einen Kredit von 6 Millionen Kronen für diesen Zweck beansprucht.

GR. Höth (christl.-soz.) Ihre Partei hat aus den städt. Unternehmungen ein Monopol errichtet, dass Sie die Strompreiserhöhung rückwirkend machen, ist ein Gewaltakt und Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung. Es handelt sich hier um einen Leistungsvertrag, den Sie nur mit Gewalt abändern können, indem Sie den Konsumenten drohen, dass Sie ihm den Strom absperrten. Im Interesse der Bevölkerung muss ich daher ersuchen, dass Sie von einer Rückwirkung absehen. Ferner sagt Redner, die Erhöhung der Strompreise sei eine dreifache Belastung der Bevölkerung. 1.) eine Erhöhung der Mietzinssteuer. 2.) eine Erhöhung der Gemeindesteuer und 3.) kommen dadurch Parteien, die heute noch keine Mietzinssteuer bezahlen, in die Kategorie der Mietzinssteuerträger. Die Arbeiter die Ernsten Teile der Bevölkerung werden dadurch in die Mietzinssteuer hineingetrieben. Redner müsse daher den Vorwurf, dass die Hausherrn die Zinswucherer seien, zurückweisen, da die Gemeinde an der enormen Steigerung der Zins, die bis 120% betrage, die Schuld habe. Schliesslich stellt Redner den Antrag, dass zur tatsächlichen Vermeidung der Mietzinserrhöhung die Stiegeerhöhung zur eine mässige Preisermässigung erleide.

GR. Siegel (Soz. Dem.) erklärt gegenüber den Ausführungen des GR. Kunschak: Es ist festgestellt, dass GR. Karasek seit Mai 1919 keinen Dienst als Sanitätsaufseher gemacht hat. Erkundigungen bei den Amtsstellen ergaben, dass keiner seiner Vorgesetzten von seinem Fernbleiben etwas wusste und ihm niemand dazu die Erlaubnis gegeben hat, auch von einem Besuch, das er angeblich einbrachte, ist in den Aemtern nichts bekannt. Der Vorgesetzte, auf den sich GR. Karasek beruft, ist tot. Man ist also ausschliesslich auf die Angaben des Herrn Karasek angewiesen, wonach er von dem Verstorbenen die Erlaubnis zum Fernbleiben hatte und dass er ihm auch ein Gesuch übergeben habe, das verschwunden ist. GR. Karasek behauptet allerdings von/ Vorgesetzten die Erlaubnis zum Fernbleiben erwirkt zu haben, diese Angabe hat sich aber als unrichtig erwiesen. Nach alledem musste ich zu dem Resultat gelangen, über das ich in der letzten Gemeinderatssitzung gesprochen habe. Kollege Karasek fragte mich, was ich gegen ihn habe. Ich erwiderte, dass ich gar nichts gegen ihn habe, er ist mir als Person so lieb und wert, wie jeder andere Kollege. Aber ich musste annehmen, dass er etwas gegen mich hat und deshalb habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung bekanntgegeben, was aktennässig niedergelegt ist.

GR. Kunschak (chr. soz.): Wo denn? Sie haben behauptet, dass er seit 1918 den Dienst schwänzt und jetzt behaupten Sie, seit Mai 1919; beides ist nicht wahr.

GR. Siegel (Soz. Dem.): Ich lade sie ein in den Akt Einblick zu nehmen. Es mag sein, dass GR. Karasek auf Grund der Angaben des Verstorbenen dem Dienste fernblieb, der aber nicht berechtigt war einen Angestellten jahrelang zu beurlauben.

Dass ~~er~~ GR. Karasek also vielleicht in einem Mißverständnis gehandelt hat. Diese Tatsachen muß ich gegenüber den Angriffen, die nicht als Lügner und Verleumder hinstellen, konstatieren. Im Übrigen steht dem Herrn Kunschak die Rolle als Moralprediger sehr schlecht, zumal er den Kollegen Thonner fälschlich beschuldigte, dass er als städtischer ~~Angeschickter~~ Funktionär Holzgeschäfte gemacht hat. Auch hat Herr Kunschak in einer öffentlichen Versammlung für den Bürgermeister fälschlich bezichtigt, so und so viele Waggons Mehl vergitscht zu haben.

GR. Rotter (christlichsozial) bemerkt, dass der Voranschlag ein Erfordernis von 736 Millionen Kronen aufweise, während die Mehrheit jetzt 1645 Millionen verlange und diesen Mehraufwand mit den riesig gestiegenen Materialpreisen und den hohen Löhnen motiviere. Das höhere Erfordernis sei aber auch durch den Umstand verursacht, dass die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft nachgelassen habe; während im Jahre 1914. Die Elektrizitätswerke bei einem Stande von 1200 Arbeitern 250 Millionen Hektowattstunden erzeugten, produzieren sie gegenwärtig bei einem Stande von 2100 Arbeitern nur mehr 150 Millionen Hektowatt. Wenn schon eine 6wöchige regelmässige Strompreisverteuerung Wasserst drückend empfunden werde, so sei die eventuelle stets wiederkehrende Nachzahlung gänzlich unannehmbar. Der Redner befasst sich dann eingehend mit den Wirkungen der Strompreiserhöhung auf die privaten Haushaltungen und insbesondere auf den Hausbesitz und betont, dass aus der Lichtpreiserhöhung allein eine Zinssteigerung um ~~etwa~~ 35% sich ergebe. Schliesslich stellt er den Antrag, den Lichtkonsum entweder nach dem Einkommen der Konsumenten oder nach der Grösse des Verbrauches zu berechnen und fordert, dass die Bäckereibetriebe, denen keine Brotpreisverteuerung zugestanden wurde, von der Strompreiserhöhung ausgenommen werden.

GR. Breuer (christlichsozial) Wenn diese bedeutende Belastung der Bevölkerung verbunden wäre mit einer Sanierung der finanziellen Verhältnisse, so könnte man sich unbeschadet der schweren Last mit dem Gedanken einigermaßen befreunden. Aber der Ue erschluss an Ausgaben, wird nicht nur nicht geringer, sondern steigt von Tag zu Tag. Ich möchte die Frage stellen, ob auch berücksichtigt wurde, der naturgemässe Rückgang an Konsum. Werden die in Aussicht genommenen Ziffern auch einhalten werden können und wird diese Regelung die letzte sein oder wie bisher immer die vorletzte bleiben? Sie verleugnen heute, was Sie als Oppo-

Bemerkung als Dogma hingestellt haben. Eine solche Erhöhung von Kraft und Licht kommt einer Unsitlichkeit gleich. Was Sie heute zum Beschlusse erheben, werden Sie zu verantworten haben.



Ueber Antrag des GR. Linder (Soz.-Dem.) wird Schluss der Debatte, über Antrag des GR. Forster (Soz.-Dem.) die Wahl von Generalrednern beschlossen.

Als Generalredner kontra ergreift GR. Körber (christl.-soz.) das Wort und betont, dass die Wiener Bevölkerung durch Preiserhöhungen schon genug getroffen wurde, die dann immer wieder Streiks zur Folge hätten. Er bespricht die in der letzten Zeit beschlossenen Steuern und meint, dass eine Gemeindeverwaltung, die früher soviel versprochen hat und nun nichts hält, entweder gehen müsse oder doch soviel leisten müsse, als die frühere Majorität geleistet hat, über die fortwährend nur geschimpft wurde. Redner beschäftigt sich schliesslich mit der Brotfrage. Durch die Strompreiserhöhung wird auch die Broterzeugung schwer belastet. Er stelle daher den Antrag, dass die Bestimmungen dieses Beschlusses auf die Bäckereibetriebe keine Anwendung finden, ferner beantrage er mit Rücksicht auf den Umstand, dass die ~~Strompreiserhöhung~~ ~~die~~ Strompreiserhöhung die Bevölkerung nur das schwerste treffe, die Rückverweisung der Vorlage an den Gemeinderatsausschuss.

Nachdem der Referent Vize-Bgm. Emmerling sich dagegen ausgesprochen hatte, wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

Vize-Bgm. Emmerling: Wenn ich davon absehe, dass es nicht meine Aufgabe ist, als Referent mich mit jenen Ausführungen zu beschäftigen, die mit dem Punkte der Tagesordnung nichts zu tun haben, könnte ich mich sehr kurz fassen, muss aber doch einige Behauptungen feststellen. Kollege Roth sprach davon, dass wir die Monopolstellung rücksichtslos ausnützen. Wir müssen damit rechnen, dass jeder Unternehmer sich seinen Strom selbst erzeugen kann. Er hat auch den Antrag gestellt, es möge die Steigenbeleuchtung ermässigt werden. Ich befürworte die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss teils berechnen werden muss, welcher Ausfall sich dadurch ergeben würde. Eine flüchtige Berechnung ergibt, dass wir ungefähr mit einem Betrage der Ermässigung von 70 bis 80 Millionen Kronen zu rechnen haben. GR. Körber wünscht eine besondere Bevorzugung der Bäcker, auch hier müssen wir mit einem Betrage von mehr als 30 Millionen rechnen. Kollege Rotter hat den Antrag gestellt, dass die Nachzahlung abgelehnt werden solle. Hieszu bemerke ich, dass wir bezüglich der Kohle nie wissen, was wir uns auf den Tag kostet, da sie später abgerechnet wird, und dass es oft vorkommt, dass in eine Periode eine Frachterhöhung, Lohnsteigerung oder dgl. eingerechnet ist, von der man früher keine Kenntnis haben konnte. Bezüglich des Antrages Erntner sage ich, es wird zweifellos eine Zeit kommen, wo man eine Abstufung näher treten wird, aber in dieser Form können wir sie nicht machen. Ich bin einverstanden, dass man die Sache studiert, denn sie ist wert, studiert zu werden. GR. Rotter hat uns den Vorwurf des Fiskalismus gemacht. Ich verstehe nicht, was er unter Fiskalismus versteht. Wenn wir Preise stellen, die

uns knapp ermöglichen, bilanzieren zukünftig können, das ist nur kaufmännisch. Eher war Ihre Gebarung fiskalisch.

Gegenüber der Behauptung Breuers, daß der Rückgang an Konsum nicht berücksichtigt wurde, stelle Referent fest, daß das Elektrizitätswerk 40.000 neue Anschlüsse machen könnte, wenn es dazu die technische Möglichkeit hätte. Leute, die mit Petroleum und Kerzen ihre Wohnung beleuchten müssen, haben für diese notdürftige Beleuchtung im Monat viel höhere Kosten, als wenn sie elektrisches Licht zur Verfügung hätten, da ja eine Kerze heute 7 K kostet und höchstens für einen Abend reicht. GR. Breuer habe der Mehrheit auch vorgeworfen, daß sie der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zieht. Wenn man sich der christlichsozialen Wirtschaft erinnert, wisse man auch wie sehr damals die Bevölkerung ausgeplündert wurde. Gegenüber der Behauptung, daß die Arbeitsleistung in den städtischen Betrieben trotz höherer Arbeiterzahl, hinter der früheren Produktion wesentlich zurückbleibe, stellt der Referent fest, daß im Jahre 1914 die Zahl der Stromkonsumenten 96.000 betrug, während sie im Jahre 1920 auf 208.000 gestiegen ist. Im Vergleiche zu dieser Steigerung ist die Zahl der in den Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter im Verhältnisse zurückgeblieben. Schließlich sei zu bedenken, daß die Menschen durch den vierjährigen Krieg in ihrer Arbeitskraft geschwächt wurden und genau so wie die Maschinen, die nicht repariert werden konnten, nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit besitzen. Der Referent bittet um die Annahme des Antrages.

GR. Kunschak (christlichsozial) berichtet tatsächlich zu den Ausführungen des GR. Siegel und ersucht den Bürgermeister eine Disziplinaruntersuchung gegen GR. Karasek einzuleiten und über das Ergebnis dem Gemeinderate binnen 4 Wochen in öffentlicher Sitzung zu berichten.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die Anträge Rotter und Gärtner der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die anderen gestellten Anträge abgelehnt.

GRin Wieloch übernimmt den Vorsitz.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Eröffnung neuer Nachtlinien im Kraftstättwagenbetrieb.

GR. Holubek (christl.-soz.) nennt den Antrag eine Konzession an die Nachtwandler und an jene Leute, die bei Nacht die Schieberkafen verlassen. Wenn heute gesagt wurde, dass keine Sitzung ohne Preisregulierung vergehen, so müsse er sagen, dass eine Sitzung vergehen, in der nicht über den Terror gesprochen wird, der Formen anhängt, wie sie nie da waren.

GR. Doppler (christl.-soz.) will eine Aufklärung darüber, warum einzelne Linien herausgerissen werden, ohne dass in dem Nachtstättwagenbetrieb ein System gebracht wird um beantragte die Eröffnung einer Nachtlinie von Stefansplatz über Hernalser Hauptstrasse bis Dornbach.  
GR. Ullrich (christlichsozial) beantragt, dass die Linie am Ortsteil aufhöre, so dass der XVI. Bezirk, einer der Grössten von der Wohlfahrt einer Nachtverbindung ausgeschlossen sei. Er beantragt dass die Linie durch die Theatersstrasse bis in den XVI. Bezirk fortgeführt werde.

Der Referent Vize-Bgm. Emmerling verweist in seinem Worte darauf, dass die Neueröffnung von Linien davon abhängt, wieviel Wagen jeweils neu in Betrieb genommen werden können. Er schlage daher vor, die beiden Anträge dem Ausschuss zuzuwenden, der in der Lage sei, die jeweilige Situation am besten zu beurteilen. Der Referentenantrag wird sodann genehmigt, die beiden anderen Anträge dem Ausschuss zugewiesen.  
Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.



17  
12

+ + + +

Zum Empfang der internationalen Donaukommission. Der Präsident der internationalen Donaukommission Admiral Troubridge hat an Bgm. Reumann ein Schreiben gerichtet, das die Bewohner Wiens mit Befriedigung erfüllen wird. Das Schreiben lautet: Genehmigen Sie den Ausdruck meines herzlichsten Dankes für die liebenswürdige und gastfreundliche Aufnahme, die Sie der internationalen Donaukommission in Wien zuteil werden ließen. Es ist das ernsteste Bestreben der Kommission, die Donaustaaten bei der Entwicklung ihres Handels hilfreich an die Hand zu gehen und ich hoffe, daß die Bürger von Wien, deren ehrenwerter Vertreter Sie als Haupt des Magistrates sind, nicht ermangeln werden, alle Ihre diesbezüglichen Wünsche der Kommission durch Herrn Buckeisen, den geschätzten Vertreter Ihres Landes, bei uns zur Kenntnis zu bringen.

-----

Bundespräsident Hainisch an Bgm. Reumann. Bundespräsident Hainisch hat an Bgm. Reumann nachstehendes Schreiben gerichtet: Die liebenswürdigen Worte der Begrüßung, die Sie namens der Bundeshauptstadt Wien, anlässlich meiner Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Oesterreich an mich richteten, haben mit einer aufrichtigen Freude bereitet. Der Glückwunsch der Hauptstadt ist mir nicht nur ein neuer wertvoller Beweis für die freundliche Gesinnung, der ich bei meiner Berufung an die Spitze unseres jungen Staatswesens vielfach begegnet bin, er ist mir auch ein Unterpfand des Vertrauens, das weite Kreise der Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung in mein ehrliches Bestreben setzen, meine ganze Kraft dem Gedeihen unserer Republik und dem Wohle des deutschen Volkes in Oesterreich zu widmen. Ich habe das schwere Schicksal, das die uralte Kulturstadt an der Donau betroffen hat, miterlebt und weiß, welche Leiden der Bevölkerung dieses Gemeinwesens beschieden waren. Ich hatte aber auch Gelegenheit, die Kraft und die Besonnenheit, mit der das Volk Wiens alle Prüfungen ertragen hat, zu bewundern und habe daraus die Ueberzeugung geschöpft, daß dieser Stadt ein Aufstieg zu neuem Glanz beschieden sein muß.

Nehmen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, anlässlich des Antrittes meines schweren Amtes die Versicherung entgegen, dass ich im Rahmen meiner verfassungsmäßigen Befugnisse stets bestrebt sein werde, zum Wohle Wiens und seiner Bevölkerung zu wirken.

-----

+ + + +



18/112

Bundesminister Heini über die Rettung des Wiener Baugewerbes  
Eine wichtige Kundgebung der Regierung

Am letzten Donnerstag veranstaltete die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister in Wien eine Festversammlung, zur Ehrung des verdienstvollen Vorstehers Ing. Karl I. Schmidt. Der genannte Würdenträger wurde zum Ehrenmitgliede der Genossenschaft der Baumeister und gleichzeitig zum Ehrenmitgliede des Vereines der Baumeister in Niederösterreich ernannt. Es gab große Sympathiekundgebungen für den Jubilar. Es sprachen: Präsident Baumeister Glisch und Vizepräsident Karl Löschner (Verein der Baumeister in Niederösterreich), Oberbaurat

Ehrenpräsident Karl Stigler (für den Reichsbund der Baumeister Oesterreichs), Magistratssekretär Dr. Fees (für den Wiener Magistrat), Baurat Bistritschan (für das Stadtbauamt), Direktor Dr. Hornberg (für den Wirtschaftsverband der Baugewerbe Deutschösterreichs), Gehilfenausschuß Höhm (namens der Arbeiterschaft), Robert Oerley (für die Wiener Architektenschaft), Industrieller Anderl (für den niederösterreichischen Gewerbeverein), Kattner (für die Wiener Bauhütte) und andere. Das größte Interesse der Versammlung rief jedoch eine Kundgebung des erschienenen Bundesministers für Handel und Gewerbe Heini hervor, der nach einer Würdigung der großen Verdienste Schmidts um das Wiener und das österreichische Baugewerbe und nach einer Mitteilung von der Ernennung Schmidts zum Kommerzialrat, auf die trostlosen Verhältnisse zu sprechen kam, unter denen das Wiener Baugewerbe heute lebt. Der Minister sagte u.a.: „Es ist zwar zweifelsohne richtig, daß das Baugewerbe stets dem Pulsschlag der Gesamtwirtschaft anzeigt. In Folgerung dieser Wahrheit wird auch die Wiederaufnahme der hiesigen Bautätigkeit von dem Wiederaufbau der übrigen Volkswirtschaft also indirekt von wirklich ausreichenden Krediten und Rohstoffen, von einem glücklichen <sup>ren</sup> Auslande einem verstümmelten Staate gegeben, der sich unmöglich aus eigenem mehr aufzuhelfen vermag, abhängig sein. Andererseits wissen wir aber auch, daß wir gerade was Rohstoffe betrifft, auf keinem Gebiete allgemein weniger vom Auslande abhängig könnten, als bei den Bauarbeiten. Wir hätten also die Verpflichtung, ohne zuzuwarten, jene Hindernisse im Innern hinwegzuräumen, die diese Arbeiten noch behindert. Ihr Lebenswille und der ebenso aufrichtige Wille der gegenwärtigen Regierung nach ganzen Kräften zu helfen, treffen sich hierin auf halbem Wege.“

Die mir wichtigst erscheinende Frage ist jene der Materialbeschaffung. Ich habe darum die Gründung wirtschaftlicher Organisationen im Baugewerbe mit diesem Ziele möglichst gefördert. Es wird sich auch dann darum handeln, die regelmäßigen Zufuhren von Bauholz ein für allemal zu sichern. Auch die Bestrebungen der modernsten Technik, neues möglichst billiges und doch ausreichendes Bau-

material zur Verwendung zu bringen und die Herstellung möglichst einheitlicher Typs von Halbfabrikaten nach amerikanischem Systeme sind Notbehelfe, welche die heutige Zeit fordert. Zusammenhängend damit soll die Bauordnung eine möglichst weitherzige Fassung und die liberalste Auslegung, begrenzt nur durch die öffentliche Sicherheit und Gesundheit erfahren. Die allgemeine Wiederaufnahme der Bautätigkeit ist schließlich eine Geldfrage. So hätten in Wien die Renovierungsarbeiten, die sich heute schon mit elementarster Notwendigkeit allenthalben aufdrängen, längst schon reger eingesetzt, wenn den Hausherrn entsprechende Kredite zur Verfügung gestanden wären. Neubauten werden wohl in nächster Zeit ~~ix~~ nicht mehr im einstigen Ausmaße zur Ausführung gelangen können. Immerhin zwingt der Riss zwischen Staat und Industrie zur Konsolidierung und zur Vereinheitlichung ihrer Betriebe in Oesterreich und damit zum Neubau oder zur Umadaptierung von Fabriken und technischen Neuanlagen. Ebenso zwingt die herrschende Wohnungsnot zu Nat- und gemeinnützigen Bauten und zur Gründung neuer Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Soweit es an mir liegt, soll auch bei diesen Bauten das Gewerbe im allgemeinen und im besonderen Ihr Gewerbe von diesen Arbeiten nicht ausgeschlossen werden.

Dasselbe gilt von den Bauarbeiten, welche mit der Elektrifizierung unserer Betriebe und Nutzbarmachung der Wasserkräfte - zusammenhängen. Auch hier wird nach meiner Ansicht das Gewerbe nicht zu kurz kommen. Noch bevor die allgemeine Bautätigkeit einsetzt, ist schließlich ein sehr wichtiges Problem zu lösen: -- Die Arbeiterfrage.

War dieselbe bereits im Baugewerbe während der Friedenszeiten eine Kalamität, ist sie heute ein schwerwiegendes Hindernis ~~ix~~ für die Wiederaufnahme der Bauarbeiten geworden. Die früher vorhandenen Kräfte - meist Arbeiter aus Böhmen und Ungarn, - sind fast sämtlich abgewandert. Es müßte darum rechtzeitig der Zuzug von Bauarbeitern wieder belebt werden. Mit dieser Perspektive für relativ bessere Zeiten des Baugewerbes verbinde ich aber auch die felsenfesteste Zuversicht für die Zukunft von Wien überhaupt. Wien hat bereits trotz allen unverdienten Unglückes seine Existenz als Kulturzentrum des europäischen Ostens und als Welt-handelsplatz behauptet. Es wird diesen Rang - es kann heute bereits mit Sicherheit gesagt werden - auch für alle Zukunft wahren. Stürmischer Beifall folgte der mit großer Wärme vorgetragenen Rede.